Stellungnahme zum Antrag	179/2016
--------------------------	----------

Landeshauptstadt Stuttgart Der Oberbürgermeister GZ: OB 4233 - 00 Stuttgart, 21.07.2016

## Stellungnahme zum Antrag

Stadträtinnen/Stadträte - Fraktionen

AfD-Gemeinderatsfraktion

Datum

06.06.2016

Betreff

Flüchtlingshilfe vor Ort

Anlagen

Text der Anfragen/ der Anträge

Menschen Schutz und Zuflucht zu geben, die vor Krieg und Vertreibung geflohen sind, ist eine unverrückbare Leitlinie Stuttgarter Politik. Seit 2015 hat Stuttgart 8.122 Menschen eine neue Heimat ermöglicht. Deutschlandweit wurden 2015 über eine Million Flüchtlinge aufgenommen. Gleichwohl stemmen die Nachbarländer kriegszerstörter Länder im Verhältnis zur Gesamtbevölkerungszahl noch größere Herausforderungen, was die Versorgung und Integration von Flüchtlingen angeht.

Stuttgart hat schon früh einen Beitrag geleistet, um in diesen Regionen die Situation von Flüchtlingen zu stärken und die Aufnahmeländer zu entlasten, z. B.

- 2011 beschloss Stuttgart das UNHCR Resettlement Programm entsprechend dem Beschluss der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren zu unterstützen.
- Im Rahmen der UNICEF-Partnerschaft 2015/2016 unterstützt Stuttgart aktuell bewusst ein Projekt in der Region Mardin in der Türkei, um syrischen Flüchtlingskindern einen Schulbesuch zu ermöglichen.
- 2014/15 hat Stuttgart das humanitäre Hilfsprojekt des Landes "Sonderkontingent für besonders schutzbedürftige Frauen und Kinder aus dem Nordirak" aktiv mitgestaltet und durch eine Fachkraft personell unterstützt. 1000 traumatisierte Personen (überwiegend Jesiden) konnten dadurch zur medizinischen und therapeutischen Behandlung nach Baden-Württemberg gebracht werden.

Dank des Sonderkontingents wird insbesondere die Provinz Dohuk im Nordirak mit zwei Mio. Flüchtlingen (auf 5,3 Mio. Einwohner) bei der Einrichtung eines Traumazentrums und der Schulung von Fachleuten (Therapeuten) im Rahmen der Flücht-

lingshilfe vor Ort, vom Land und weiteren Partnern der Entwicklungszusammenarbeit unterstützt.

Von Seiten der EU, des Bundes und des Landes wurden eine Vielzahl von Programmen und Initiativen aufgelegt, um u.a. durch kommunalen Wissenstransfer Nachbarländer in den von Krieg betroffenen Regionen zu stärken. Die Verwaltung ist in konstanter Prüfung, welche weiteren Projekte eine nachhaltige Umsetzung im Sinne der betroffenen Menschen ermöglichen können.

Fritz Kuhn

Verteiler </ri>